Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 96 (2002)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : Abschied vom demokratischen Sozialismus?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Abschied vom demokratischen Sozialismus?

Das Wichtigste an der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist für mich, dass sie die Idee des demokratischen Sozialismus noch immer vertritt, zögerlich zwar, verschämt auch, jedenfalls nicht sehr reflektiert, aber immerhin mit der leisen Ahnung, dass der – bis zur neoliberalen Kenntlichkeit sich entlarvende – Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein kann und darf. Selbst das «Wirtschaftskonzept» der SPS, das 1994 meinte, «in den kommenden 12 Jahren» stehe «die Überwindung des Kapitalismus in den Industrieländern absehbar nicht auf der Tagesordnung», vertröstete die Parteilinke auf «die beginnende Programmdebatte». «Unter Einbezug der Parteibasis» werde die SP ein «eigenes Konzept» erarbeiten, das «die Grundwerte eines demokratischen Sozialismus» enthalte und aufzeige, «wie der Kapitalismus überwunden werden soll, und wie ein für breite Volksschichten unseres Landes attraktiver Sozialismus aussieht». Es sollte bei der Vertröstung bleiben. Die damalige Wende zur «wirtschaftsfreundlichen Partei» dominierte seither die Diskussion. Sie hat jene Kräfte in der SP bestärkt, die eher den demokratischen Sozialismus als den Kapitalismus überwinden wollen.

Schon das Gurten-Manifest brachte es an den Tag (vgl. NW 6/01, S. 172ff.). Und nun möchte eine Mehrheit der Geschäftsleitung der SP Kanton Zürich den demokratischen Sozialismus auch noch in aller Form verabschieden. Sie beantragt dem kantonalen Parteitag vom 29. Juni, im Rahmen einer Totalrevision der Statuten den bisherigen Zweckparagraphen zu streichen: «Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich setzt sich auf der Ebene des Kantons und der Gemeinden für die Verbreitung und Verwirklichung des demokratischen Sozialismus in einer lebenswerten Umwelt ein.» Als Ersatz wird die Formulierung vorgeschlagen: «Die SP Kanton Zürich bekennt sich zur Gleichstellung der Menschen unabhängig von Geschlecht, Religion, Nationalität, sexueller Orientierung und körperlicher Unversehrtheit. Sie steht ein für den Respekt vor der Natur; sie kämpft für die Chancengleichheit aller und für die faire Verteilung des Wohlstandes.»

Die Streichung des «demokratischen Sozialismus» wird damit begründet, dass der «Begriff zu wenig klar definiert» sei. Als ob die Offenheit des Begriffs nicht auch seine Stärke sein könnte. Und als ob Ersatzbegriffe wie «Respekt vor der Natur» oder «faire Verteilung des Wohlstandes» auch nur annähernd «klar definiert» wären!

Es geht um das Menschenbild

Demokratischer Sozialismus stand nie unter dem Zwang eines festgelegten Begriffs, er verstand und versteht sich nicht als ein fertiges Modell, sondern als eine *regulative Idee*, auch nicht als «Endziel», sondern als eine *Zielrichtung*, nicht als «letzte Wahrheit», sondern als eine *Ethik des Vorletzten*. Es ging und geht ihm um die unabgegoltenen Werte der bürgerlichen Revolution: *Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität*. «Freiheit» soll nicht länger um die Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit der Kapitalbesitzer zentriert bleiben, sondern alle Menschen an der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel partizipieren lassen. «Ge-

rechtigkeit» soll die Freiheitsrechte durch soziale Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, medizinische Versorgung, Existenzsicherung überhaupt ergänzen. «Solidarität» bedeutet, dass dieser Kampf um die Grundwerte vorrangig für die unterprivilegierten Gesellschaftsklassen zu führen sei, und das weltweit – schliesslich hat sich der demokratische Sozialismus noch stets als «Internationale» verstanden.

Demokratischer Sozialismus hatte bis 1989 eine doppelte Stossrichtung: eine gegenüber dem Sowjetkommunismus, eine andere gegenüber dem Privatkapitalismus. Gegenüber dem *Sowjetkommunismus* wurden die Menschenrechte und die politische Demokratie betont. Die Grundwerte des Sozialismus sollten sich in seinen Methoden widerspiegeln, er konnte nicht per Dekret, unter Zwang und mit neuer Bevormundung eingeführt werden. Die SPS hält darum in ihrem noch immer geltenden Parteiprogramm von 1982 fest: «Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden.» Umso seltsamer, widersprüchlicher, wenn heute, nach dem Ende der Sowjetunion, auch der demokratische Sozialismus kapitulieren soll, als hätte er sich nicht als eine Alternative zum real nie wirklich existierenden Sozialismus verstanden, die durch «1989» weit mehr bestätigt als desavouiert wurde.

Die andere Stossrichtung, die Alternative zum *Privatkapitalismus,* wäre heute aktueller denn je. Dieser ist mit selbstbestimmter Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und weltweiter Solidarität nicht vereinbar. Die private Verfügungsmacht über wichtige Produktionsmittel sprengt den Rahmen des nur Ökonomischen, sie «wird zu politischer Macht» und «usurpiert Staatsgewalt» (Godesberger Programm der SPD 1959). In einer Zeit, in der das global agierende Kapital die Staaten gegeneinander ausspielt und ihnen einen desaströsen Steuerwettbewerb aufzwingt, wäre diese Erkenntnis zu vertiefen und nicht zu verdrängen. Zumal *neue soziale Bewegungen* wie Attac die längst fällige Kritik am globalen Kapital machtvoll auf die Strasse tragen und dem Bewusstsein vieler vor allem junger Menschen vermitteln.

«Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, und es gibt keine Demokratie ohne Sozialismus.» Dieses Wort von *Kurt Schumacher,* dem ersten Präsidenten der Nachkriegs-SPD, bringt das Wesen des demokratischen Sozialismus auf den Punkt. Letztlich geht es dabei um die Frage nach dem *Menschenbild.* Dieses kann im Staat nicht ein anderes sein als in der übrigen Gesellschaft, insbesondere in der Wirtschaft. Es ist nicht möglich, dass ein partizipatives Menschenbild im demokratischen Staat und ein autoritäres in der kapitalistischen Wirtschaft auf die Länge miteinander koexistieren können. Neoliberale haben diese Einheit des Menschenbildes insofern kapiert, als sie, freilich unter umgekehrtem Vorzeichen, den Staat immer mehr der Wirtschaft unterwerfen und ihn auch noch in seinen Restbeständen mit NPM-Konzepten auf die Karikatur des «Kunden» statt auf den «Citoyen» ausrichten wollen. Die *Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche* ist *eine* logische Konsequenz aus der Einheit des Menschenbildes.

Die andere Konsequenz wäre die *Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche,* die Einführung von Partizipationsrechten an allen Entscheidungen, die für die heute lebenden Menschen und für die kommenden Generationen existenziell sind. Dazu gehörte die «Wirtschaftsdemokratie» (SPD-Grundsatzprogramm 1989) nicht weniger als die politische Demokratie. «Die Logik des Kapitals muss sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen», sagt auch das «Wirtschaftskonzept» von 1994, das verschwommen zwar, aber immerhin an einer «Demokratisierung der Wirtschaft» festhält.

Regulative Idee im «Wärmestrom»

Es ist gewiss nicht zu beanstanden, wenn die SP Kanton Zürich für eine umfassende *Gleichstellungspolitik* eintritt. Warum aber nicht auch für die Gleichstellung von Kapital und Arbeit? Warum nicht für eine wenigstens gleichgewichtige Mitbestimmung der hinter den beiden Produktionsfaktoren stehenden Menschen? Und das erst noch unabhängig von Geschlechter- oder Behindertenrollen und vom Schweizerpass?

Und natürlich ist nichts gegen den *«Respekt vor der Natur»* einzuwenden. Aber wieviel mehr Substanz hätte dieser Respekt, wenn er Ausdruck und Inhalt eines demokratischen Sozialismus wäre – wie im alten Zweckparagraphen? Erweist sich denn nicht der Kapitalismus mit seinen profitorientierten Expansionszwängen als *die* strukturgewordene Ausbeutung der Natur? «Nachhaltigkeit» gibt es nur in einer Wirtschaftsdemokratie, die sich am Gemeinwohl orientiert. Anders gesagt: Wie sollen die Arbeitenden den «Respekt vor der Natur» verwirklichen, wenn sie über die Art und Weise der Produktion nicht (mit)bestimmen können?

Und was heisst *«faire Verteilung des Wohlstandes»?* Warum wird der Begriff der sozialen Gerechtigkeit durch denjenigen der Fairness ersetzt? Als der Rechtsphilosoph *John Rawls* sein Buch «Gerechtigkeit als Fairness» (1971) schrieb, wurde er von vielen so interpretiert, als genüge zur Legitimation des Kapitalismus, dass auch die Armen von dessen Brosamen profitierten und dadurch etwas weniger arm wären, selbst wenn daneben die Reichen immer noch reicher und mächtiger würden. Das ist ja wohl kaum die Meinung der Geschäftsleitung der Zürcher SP. Inzwischen hat Rawls ein «Restatement» (2001) veröffentlicht, in dem er nicht mehr für die nur wohlfahrtstaatliche Umverteilung von Einkommen, sondern viel radikaler für die Teilhabe am Produktionsmitteleigentum und die Teilnahme an der Verfügung über die Produktionsmittel eintritt. Sein Ideal nennt er neuerdings «demokratischen Sozialismus» (NZZ 6.2.02)...

Demokratischer Sozialismus kannte und kennt *viele Modelle:* ein genossenschaftliches wie im Religiösen Sozialismus von Ragaz bis Martin Buber, der in «Pfade in Utopia» (1950) die Kibbuz-Bewegung als Alternative zum Sowjetkommunismus sah; ein Modell der Selbstverwaltung (autogestion), wie es die französische SP in ihren besseren Zeiten vertrat; Mischformen von Privat- und Gemeinwirtschaft; Modelle mit bald mehr, bald weniger (nationaler wie globaler) Regulierung bis hin zur Investitionslenkung auf der politischen Ebene (auch aus «Respekt vor der Natur»); oder eine «Freiwirtschaft», die der Mitbestimmung genauso Beachtung schenken würde wie der Befreiung aus ausbeuterischer Zinswirtschaft. Ihnen gemeinsam sind die demokratische Partizipation an gesellschaftlicher Verfügungsmacht und der Abbau von Eigentumsprivilegien zur Verbesserung der Lebenschancen aller Menschen.

Demokratischer Sozialismus ist eine regulative Idee, die sich immer nur in *Annäherungen,* nie integral verwirklichen lässt. Aber er ist die Idee einer humanen Gesellschaft, die Generationen von SP-Mitgliedern motiviert, ja begeistert hat. Es geht dabei um die «Seele» der Partei, oder um das, was *Ernst Bloch* den «Wärmestrom» in der Arbeiterbewegung genannt hat. Nicht die noch so gescheite marxistische Analyse, nicht die noch so überlegten Strategien und Taktiken, geschweige denn neoliberale «Zeitgeistsurferei» machen die Stärke der SP aus, sondern ihre Grundwerte, die sich nicht auf St. Nimmerlein vertagen lassen. Demokratischer Sozialismus ist ein *Prozess,* der hier und heute beginnt, in unseren Köpfen, sofern sie sich die Grundwerte und (damit) das Denken in Alternativen nicht ausreden lassen. •

sozialforums können dabei nach Einschätzung von *Peter Wahl* «entscheidende Ecksteine» sein. Porto Alegre 2002 war zudem wichtig als Beleg dafür, dass der *11. September 2001* die Dynamik nicht stoppen konnte. «Eine wirksame Bekämpfung von Terrorismus ist letztlich nur möglich, wenn auch die gesellschaftlichen und politischen Probleme gelöst werden, die ihm zu Grunde liegen», liess sich Attac Deutschland bereits einen Tag danach vernehmen. *Sicherheit* sei im Kern eine *Frage der Gerechtigkeit.* Die sozio-ökonomischen Ungleichheiten in der Welt «bilden einen Nährboden für Gewalt.» Zu-mindest ausserhalb der USA fanden solche Argumentationen breite Zustimmung, machten den oppositionellen Konsens vielleicht noch fester. Eine gemeinsame theoretische und weltanschauliche Grundlage für alle, wie bei früheren Versuchen, eine «*Internationale*» zu bilden, gibt es zwar nicht. Auch in dieser Analyse wird bezweifelt, dass die globalisierungskritische Strömung solche Einheit braucht: «Es handelt sich um ein zukunftsoffenes pluralistisches Projekt. Anders ist es auch gar nicht mehr zu denken, wenn man aus den historischen Fehlern der Linken lernen will.» Von jenen, die sich als Linke verstehen, wäre zu hoffen, dass sie dies begreifen und sich selbst offen auf das Neue einlassen können.

Hans Steiger

Diskussion

Die demokratische Nutzung des Bodens nicht vergessen

(Zeichen der Zeit: Abschied vom demokratischen Sozialismus?, NW 5/02)

Lieber Willy Spieler,
es ist hoch an der Zeit, ein Zeichen der Anerkennung für Ihre «Zeichen der Zeit» zu senden. Der Beitrag «Abschied vom demokratischen Sozialismus?» gibt mir Gelegenheit, dies zu tun.

Den vorgeschlagenen Ersatz für den bisherigen Zweckartikel der Parteistatuten der SP Kanton Zürich empfinde ich als Weichspülung. Denn die von «Pragmatikern» verwendeten Begriffe erscheinen mir allgemein und unverbindlich. Wie wird beispielsweise *Respekt vor der Natur* umgesetzt, solange das *Privateigentum am Boden* in Kauf genommen wird? Kann im Umgang mit der Natur Respekt gelernt werden, solange Private die Lebensgrundlage Boden als (ver-)käufliche Ware benutzen? Neben der *demokratischen Mitbestimmung an der Produktion,* wie Sie sie dem Begriff des demokratischen Sozialismus zuordnen, steht als ein weiterer unverzichtbarer Wert die *demokratische Nutzung des Bodens,* auf und von dem wir leben (müssen). Ist es ein Zeichen dafür, dass linke Politik zunehmend von stadtorientierten Menschen gemacht wird, wenn die konkrete «Bodenfrage» sich auf weniger direkt fassbare Begriffe zurückzieht? Vielleicht wird auch hier ein «Zeichen der Zeit» sichtbar.

Boden als ein *Gegenstand praktischer Pflege und Erfahrung* verliert in einer Zeit zunehmend virtuellen Erlebens «an Boden». Was aber heisst das für unsere Generation, die mit mehr Nähe zu den natürlichen Grundlagen des Lebens aufgewachsen ist? Ich habe öfters den Eindruck, der «bezahlten» Erwerbsgeneration von heute sind die «Eltern» abhanden gekommen, die sich nicht scheuen, sprachlicher Bodenlosigkeit Grenzen zu setzen. Gerade an Ihren Texten schätze ich die sprachliche Gründlichkeit, die mir immer wieder zu besserer Einsicht in politische Zusammenhänge verhilft. Selbst nicht an eine Partei gebunden, wünsche ich Ihnen in Ihrer Arbeit trotz allem ungebrochenen Mut.
Mit freundlichen Grüssen
Klaus Sorgo

Lieber Klaus Sorgo,
gerne veröffentliche ich Ihre Zuschrift, obschon die Geschäftsleitung der SP Kanton Zürich den Antrag auf Streichung des «demokratischen Sozialismus» aus den Parteistatuten inzwischen zurückgezogen hat – um nicht «Gräben aufzureissen», wie mir der Parteipräsident mitteilte. Unvermindert aktuell ist Ihre Zuschrift jedoch durch die

wertvolle Ergänzung zum Bodenrecht, das in seiner gegenwärtigen Form weder ökologischen noch demokratischen Produktionsverhältnissen entspricht. Nach meinem Verständnis von demokratischem Sozialismus müsste das Verfügungseigentum über den Boden in aller Regel den Kommunen zustehen. Jene, die den Boden nutzen, erhielten ihn als zeitlich limitiertes Nutzungseigentum zugesprochen. Das entspräche erst noch dem Umgang mit dem Land, den uns das Erste Testament überliefert.
Mit einem herzlichen Dank und Gruss
Willy Spieler

Freiwirtschaft – was ist das?
(Zeichen der Zeit: Abschied vom demokratischen Sozialismus?, NW 5/02)

Sehr geehrter Herr Spieler,
in Ihrem Artikel «Abschied vom demokratischen Sozialismus» erwähnen Sie die Freiwirtschaft, ohne auf Details einzugehen. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie die folgenden Zeilen übernehmen würden.

Liquiditätsprämie für Geld
Nach Auffassung der Freiwirtschafter gab es bis heute noch nie eine wirklich freie Marktordnung, weil der Marktmechanismus u.a. durch *Monopole* gehemmt und in seiner ausgleichenden Funktion gestört wird. Monopole sind wirtschaftliche Machtpositionen einzelner Menschen oder Menschengruppen, die es diesen ermöglichen, von den übrigen Menschen einen Tribut zu erpressen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen. Die beiden Grundmonopole sind das Geld und der Boden; wer davon mehr besitzt, als er benötigt, kann die weniger Begüterten tributpflichtig machen.
Geld ist deshalb so begehrt, weil man es überall und jederzeit gegen alles und jedes eintauschen kann. Mit keinem anderen Gut ist das möglich. Wer eine Kiste Äpfel besitzt, muss diese möglichst schnell auf den Markt bringen, da sonst die Äpfel verderben. Aber auch Produkte, die nicht verderben, müssen möglichst bald angeboten werden, da sie zum Beispiel Lagerhaltungskosten verursachen oder die Nachfrage nachlässt oder von anderen befriedigt wird. Man kann bei allen Gütern einen Angebotszwang feststellen. Lediglich das Geld unterliegt keinem Angebotszwang. Es verdirbt nicht, verursacht keine Lagerkosten und wird jederzeit nachgefragt. Diese Überlegenheit erlaubt es dem Geldbesitzer, beim Ausleihen von Geld Zins zu verlangen.

Der freiwirtschaftliche Lösungsansatz besteht nun darin, die schädliche Umlaufsicherung *Zins* durch eine andere Umlaufsicherung zu ersetzen. Die Freiwirtschafter schlagen eine «*Nutzungsgebühr*» (auch «Liquiditätsprämie» genannt) von etwa sechs Prozent per Jahr vor. Damit wird der Geldbesitzer dem Warenbesitzer gleichgestellt. Er wird nicht mehr arbeitsfreies Einkommen erzielen, sondern sein Geld ausgeben oder ohne Zins ausleihen, um den Kosten für die Nutzungsgebühr zu entgehen. Diese Gebühr fliesst in die Staatskasse.

Damit das Geld aber auch seine Funktion als Wertmassstab und Wertaufbewahrungsmittel erfüllen kann, muss es *inflations- und deflationsfrei* sein. Dies aber ist Aufgabe der Nationalbank, die durch Beobachtung des Preisindexes die Geldmenge dem Bedarf ständig anpasst. So wie ein Meter immer gleich lang und ein Kilo immer gleich schwer zu sein hat, so hat auch der Franken immer gleich kaufkräftig zu sein.

Boden in öffentliches Eigentum überführen
Darüber hinaus sind Massnahmen auf dem Gebiet der Bodenpolitik erforderlich. Die unbedingte Abhängigkeit des Menschen vom Boden und seinen Schätzen verschafft deren Besitzer eine Monopolstellung, die er sich in Form der *Grundrente* bezahlen lässt. Die Grundrente ist wie der Geldzins eine regelmässig fliessende zwangsweise Abgabe von allen, die auf den Boden als Produktionsmittel oder Baugrund angewiesen sind. Die Grundrente wird wie der Kapitalzins in die Preise sämtlicher Güter eingerechnet und dadurch auf die breite Schicht der Konsumenten überwälzt. Da sie keinerlei Leistung seitens des Bezügers entspricht, ist sie *arbeitsfreies Einkommen.*

Die Vermehrung der Bevölkerung, der wachsende Wohlstand und die Spekulation steigern die Nachfrage nach Boden und damit dessen Preis. Ohne irgendwelche Leistung seitens des Grundeigentümers steigt dessen Vermögen in wenigen Jahren an; daher ist der Boden auch ein gesuchtes *Spekulationsobjekt.*

Die Freiwirtschafter schlagen folgende Lösung vor:

• Die *Erde gehört allen Menschen* und nicht einigen wenigen. Der Boden und seine Schätze sollen daher, wie zur Zeit der Alemannen, jedermann zu gleichen Bedingungen zugänglich sein.

• Das Privateigentum an Boden ist ein Hemmnis für die organische Erneuerung der Städte und Dörfer und für die zweckmässige Nutzung des Bodens. Die bisherigen rechtmässigen Eigentümer sollen dennoch nicht enteignet werden, sondern es soll der Boden bei Handänderungen nach und nach von der *Gemeinde* (Stadt) – aufgrund eines *Vorkaufsrechts* – zu marktmässigen Preisen erworben werden.

• Der in öffentliches Eigentum übergegangene Boden soll nicht mehr veräussert werden. Er ist durch *Pacht- oder Baurechtsverträge* im freien Wettbewerb der privaten Bewirtschaftung zuzuführen.

• Die in die Gemeinde- resp. Stadtkassen fliessende *Grundrente* ist in geeigneter Form der *Allgemeinheit* zuzuführen. Zum Beispiel könnten Steuern massiv gesenkt oder aber dieses Geld der AHV zugeführt werden.

Der Verfasser glaubt nicht mehr an die Lösung der entscheidenden Probleme durch die *historischen Parteien* allein, sie sind zu sehr zu Verteidigern des Bestehenden verkommen. Wer eine gerechte und ausbeutungsfreie Wirtschaftsform sucht, kommt an den Ideen der Freiwirtschafter nicht vorbei.

Hansjürg Weder, Basel, alt Nationalrat

USA als Schurkenstaat
(Zeichen der Zeit: Antiamerikanismus?, NW 6/02)

Der Artikel «Antiamerikanismus?» in den NW vom Juni 2002 weist darauf hin, dass die USA «Schurkenstaaten» bekämpfen, die sich nicht an internationale Regeln gebunden fühlen. Willy Spieler weist mit vollem Recht auf die erschreckende Tendenz hin, dass die USA selbst sich zunehmend über das Völkerrecht und internationale Abmachungen stellen resp. diese nicht zu respektieren gewillt sind. Er weist auf einige aktuelle Beispiele hin. Zu genau diesem Thema erschien im Jahr 2000 ein faktenreiches, erschreckendes Buch des amerikanischen Journalisten *William Blum: Rogue State. A Guide to the World's Only Superpower* (Common Courage Press, Monroe/ME, USA 2000). Rogue State heisst wörtlich *Schurkenstaat* und wird hier auf die USA angewendet. Auf 300 Seiten erstellt der Autor eine *Chronologie der illegalen US-Interventionen* seit 1945 in allen Erdteilen, geleitet und vorbereitet von den US-Geheimdiensten. Er zeigt die «Hassliebe» der USA zu Terroristen, Terrorregimes und Menschenrechtsverletzern, beschreibt diese ambivalente Beziehung der USA zu Bin Laden ein Jahr vor dem 11. September und er belegt an zahlreichen Beispielen das gefährliche Spiel der USA mit dem Feuer der Massenvernichtungswaffen.

Am 19. September 2001 veröffentlichte der Autor die *zweite Auflage*. Es reichte, diese mit einem kurzen «update» als Vorwort zu versehen, in dem er darauf hinwies, dass die Antwort auf die Frage, warum die *USA Zielscheibe terroristischer Angriffe* sei, in eben diesen Schurkenaktivitäten der USA seit dem Zweiten Weltkrieg liege. Friedensethik, Wirtschaftsethik, Umweltethik und Rechtsethik müssen sich mit den Schurkenstaaten auseinandersetzen – besonders mit dem mächtigsten unter ihnen. Das Buch «Rogue State» ist ein Augenöffner dabei, auch für jene, die schon manches wissen.

Christoph Stückelberger

Aus Redaktion und Redaktionskommission

Neu im Impressum steht der Name **Kurt Seifert**. *Unser Freund und Mitarbeiter wurde an der Jahresversammlung der Neuen Wege in die Redaktionskommission gewählt. Kurt Seifert, Jg. 1949, hat in Tübingen und Basel Rechtswissenschaft, Pädagogik, Psychologie und Soziologie studiert. In den 80er Jahren arbeitete er bei «Brot für die Welt». Er war (obwohl reformiert) Redaktor am katholischen Pfarrblatt Forum (Kanton Zürich) und ist heute in der Öffentlichkeitsarbeit für Pro Senectute tätig. Eben hat er zusammen mit Guntolf Herzberg eine 600 Seiten starke Biographie über Rudolf Bahro abgeschlossen. Redaktion und Redaktionskommission freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Kurt Seifert und heissen ihn herzlich willkommen.*

Willy Spieler